

Disposition für Präs.Mödlhammer
53. Österreichischer Gemeindetag
Wien, 22.9.2006

Herzlich willkommen zum 53. Österreichischen Gemeindetag! Herzlich willkommen in der Bundeshauptstadt Wien!

Wenn alle neun Jahre die größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs in der Donaumetropole über die Bühne geht, dann ist das immer etwas ganz Besonderes. Das zeigt schon die besonders hohe Teilnehmerzahl.

Nun ist uns schon klar, dass es gewissermassen zum ländlichen Brauchtum gehört, am Stammtisch kräftig über Wien und die Wiener herzuziehen. Über „die da oben“, die „da unten in Wean“ leben und regieren. Das war schon so, als es noch die Reichs- und Residenzstadt einer großen Monarchie war und daran hat sich auch gegenüber der Bundeshauptstadt nichts geändert. Es ist im übrigen ein Schicksal, das Wien mit so ziemlich allen Hauptstädten der Welt teilt.

Aber in Wirklichkeit wissen wir natürlich, was wir an Wien haben. An dieser lebens- und liebenswerten Stadt, die für Weltoffenheit und Moderne ebenso steht wie für Heimat und Tradition. Für den legendären Wiener „Schmäh“ ebenso wie für ein kulturelles Leben auf höchstem internationalen Niveau. Es ist eine Hauptstadt, auf die wir stolz sein können! Wenn ich im Büro des Gemeindebundes am Fenster stehe und über den Volksgarten hinüber zum Parlament und zum Rathaus schaue, dann denke ich als eingefleischter Salzburger jedes Mal: Hier bin ich zwar nicht daheim, hier fühle ich mich aber zu Hause.

Bedenkt man dazu noch die gute Zusammenarbeit zwischen dem Städte- und dem Gemeindebund, dann kann man mit Fug und Recht feststellen: Ein Österreichischer Gemeindetag in Wien, das ist ein Treffen bei und mit Freunden!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist eine gute Tradition, dass wir am Beginn eines Gemeindetages unserer Toten gedenken. Ich ersuche Sie, sich für ein kurzes Gedenken an alle jene

Bürgermeister, Gemeindemandatäre, Funktionäre, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit dem letzten Gemeindetag aus unserer Mitte gerissen wurden, von Ihren Plätzen zu erheben.

Stellvertretend für alle unsere Toten nenne ich zwei Ehrenmitglieder des Österreichischen Gemeindebundes.

Am 11. August des Vorjahres ist im 93. Lebensjahr der langjährige Innsbrucker Bürgermeister DDr. Alois Lugger verstorben. Er zählte zu den Gründervätern des Österreichischen Gemeindebundes, den er vor allem in den Jahren 1951 bis 1957 als geschäftsführender Bundesobmann stark geprägt hat. Und er war es, der als Vorkämpfer der Europaidee unsere Interessenvertretung in den Rat der Gemeinden Europas und in die Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas geführt hat.

Am 8. Juli dieses Jahres betraueren wir den Tod von Michael Köhlmeier. Er war 29 Jahre Bürgermeister von Hard, stand zehn Jahre an der Spitze des Vorarlberger Gemeindeverbandes und hat sich im Österreichischen Gemeindebund vor allem als Obmann des Finanzausschusses große Verdienste erworben.

Wir werden uns ihrer und aller unserer teuren Toten immer in Dankbarkeit erinnern. Ich danke Ihnen für dieses würdige Gedenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch heuer erweisen uns wieder viele hochrangige Gäste die Ehre und dokumentieren damit ihre Verbundenheit mit den kleinen und mittleren Gemeinden Österreichs.

Begrüßung von Ehrengästen

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das Motto dieses 53. Österreichischen Gemeindetages lautet „Arbeit sichern – Zukunft leben – Gemeinden stärken“. Es geht um das Schicksal des ländlichen Raumes, der vielfachen Gefahren ausgesetzt ist. Der von einem „Ausrinnen“

bedroht ist, wie die teilweise dramatischen Abwanderungsstatistiken mit erschreckender Deutlichkeit zeigen. Und das Motto bringt sehr deutlich zum Ausdruck, dass dieser ländliche Raum nur dann Zukunft hat, wenn die Menschen hier qualifizierte und zukunftssichere Arbeitsplätze finden. Und wenn ihnen starke und selbstbewusste Gemeinden Lebensqualität, Sicherheit, Gemeinschaft und Geborgenheit bieten, also „Heimat“ im besten Sinn dieses Wortes.

Natürlich ist es nicht so, dass wir die Sorgen und Anliegen des ländlichen Raumes erst jetzt plötzlich erkannt haben. Ganz im Gegenteil, der Österreichische Gemeindebund darf für sich in Anspruch nehmen, diese Probleme schon sehr früh erkannt und thematisiert zu haben. Er hat schon in den 50er-Jahren auf die weitreichenden Folgen der Umstrukturierung und Technisierung in der Landwirtschaft aufmerksam gemacht und auch darauf, dass der „Geburtsfehler“ des Finanzausgleichs, nämlich der ungerechte abgestufte Bevölkerungsschlüssel die Benachteiligung der ländlichen Gebiete zementiert und verschärft. Wir haben immer wieder gewarnt, so wie wir heute davor warnen, die ländlichen Gebiete durch ein Sparen am falschen Platz weiter zu schwächen. Sie wissen schon, was ich meine – die Schließung von Finanzämtern, Gerichten, Postämtern Gendarmerieposten und Kasernen. Es ist auch klar, dass die Problematik des ländlichen Raumes nicht österreichspezifisch ist, sondern europa-, ja weltweit tiefe Spuren hinterlässt. Ich darf daran erinnern, dass schon 1979, also vor 27 Jahren, der 13. Europäische Gemeindetag auf Antrag des Österreichischen Gemeindebundes die Problematik des ländlichen Raumes in die Schlußresolution aufgenommen hat. Und daß in der Folge vor genau 20 Jahren der Europarat die „Europäische Kampagne für die Erneuerung des ländlichen Raums“ gestartet hat.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, für einen Staat von der Struktur Österreichs, ist die Situation besonders gravierend. Denn es gibt bei uns nur wenige urbane Ballungszentren, mehr als 90 Prozent des Staatsgebietes zählen

zum ländlichen Raum. Und wir müssen immer wieder sagen: Diese Regionen abzusichern und zu stärken, das liegt auch im Interesse der Städte. Weil sie zahlreiche Aufgaben für die Gesamtheit erfüllen. Sie sind

- Erholungs- und Freizeitraum auch für die Städter,
- Basis des für Österreich so wichtigen Wirtschaftszweiges Tourismus,
- Sie bewahren unsere existenziellen Ressourcen wie reines Wasser und reine Luft
- und sie versorgen uns alle mit frischen und gesunden Lebensmitteln.

Das kann nur bedeuten: Es liegt im nationalen Interesse und es muß ein nationales Anliegen sein, den ländlichen Raum in seiner Schönheit und Vielfalt zu erhalten, zu sichern und ihm eine gute Zukunft zu geben! Er wird heute als Erholungs-, Wirtschafts- und Lebensraum von vielen Gefahren bedroht, er hat aber auch viele Stärken und Potentiale. Diese Stärken und Potentiale liegen vor allem bei innovativen und zukunftsorientierten kleinen und mittleren Gemeinden und bei leistungsfähigen kleinen und mittleren Unternehmen, die zusammen weit mehr Arbeitsplätze bieten, mehr Steuern zahlen und weit mehr Lehrlinge ausbilden, als die wenigen Großbetriebe.

Nur gemeinsam können und müssen wir es schaffen, die Gefahren zu minimieren und gleichzeitig die Stärken zu nutzen.

Wir haben daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Gemeindetag 2006 inhaltlich so umfassend vorbereitet wie noch keinen zuvor. Und zwar unter Einbindung der Wissenschaft ebenso wie der Praxis.

Der Gemeindebund hat Universitätsprofessor Dkfm. Dr. Josef Mugler vom Institut für Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe an der Wirtschaftsuniversität Wien mit einer Studie beauftragt. Sie liegt nunmehr unter dem Titel „Gestaltung förderlicher Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe im ländlichen Raum“ auf dem Tisch und bietet eine wahre Fülle von sehr praxisnahen Analysen und Anregungen.

Und erstmals haben wir im Vorfeld des Gemeindetages Landeskonferenzen abgehalten, in denen sich Experten sowie Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker sehr eingehend mit spezifischen Problemen des ländlichen Raumes auseinandergesetzt haben. Rund 800 Gemeindevertreter haben sich an diesen sehr lebhaften Diskussionen beteiligt und ich möchte auch von dieser Stelle aus noch einmal allen Referenten und Teilnehmern ein herzliches Dankeschön für ihr Engagement sagen. Mein besonderer Dank gilt dabei den Bundesministern Dr. Martin Bartenstein und Dr. Josef Pröll. Unsere Bürgermeister haben sicher nicht oft die Möglichkeit, lange und ausführlich mit Mitgliedern der Bundesregierung zu diskutieren und sie haben diese Chance kräftig genutzt.

Die Landeskonferenzen waren jedenfalls ein voller Erfolg und ich möchte sie sehr gerne im nächsten Jahr fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Eines steht ausser Zweifel – das geht aus der Mugler-Studie hervor und das haben die Wortmeldungen auf den Landeskonferenzen gezeigt: Der ländliche Raum braucht die kleineren und mittleren Vollgemeinden! Er braucht sie wie einen Bissen Brot, weil sie sein heute wie eh und je sein Rückrat bilden. Daraus ergibt sich für unsere Partner, den Bund und die Länder, die Verpflichtung, diese kleinen Gemeinden zu erhalten und zu sichern, ja mehr noch – alles zu tun, um sie zu stärken.

Die kleinen Gemeinden erhalten und sichern – dazu zählt etwa, die Bestandsgarantie gegen erzwungene Zusammenlegung endlich gesetzlich zu verankern. Darüber wurde – ebenso wie über die Festschreibung der Daseinsvorsorge als kommunale Kernkompetenz – im Österreich-Konvent Einigkeit erzielt. Und wir sehen nicht ein, warum diese außer Streit gestellten Zielvorstellungen in einer Schublade verstauben sollen, nur weil der Konvent kein Gesamtergebnis erreicht hat.

Die kleinen Gemeinden sichern und stärken – dazu gehört auch die alte Volksweisheit „ohne Geld ka Musi“. Um ihre vielfältigen Aufgaben im und für den ländlichen Raum optimal erfüllen und um als größte öffentliche Auftraggeber auch künftig der wirtschaftliche Impulse geben zu können, müssen die Kommunen auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung haben. Der laufende Finanzausgleich hat den Gemeinden bis 10.000 Einwohnern sehr wesentliche Verbesserungen gebracht. Diese Mittel dürfen unter keinen Umständen geschmälert werden und gleichzeitig fordern wir beim nächsten Finanzausgleich eine weitere, bedarfsorientierte Stärkung der kleinen Gemeinden.

Denn es ist nicht zu übersehen, dass den Kommunen immer wieder neue kostenintensive Aufgaben übertragen, ohne dass sie dafür die notwendigen finanziellen Mittel erhalten. Und wir müssen immer wieder daran erinnern, dass zu den kommunalen Kernkompetenzen gerade jene Bereiche zählen, in denen die Kosten in den letzten Jahren besonders gestiegen sind und in Zukunft noch rasanter steigen werden. Nämlich die Betreuung der Kinder und der betagten Mitbürger.

In den stürmischen Debatten über die Pflege, die in den letzten Wochen und Monaten sie Schlagzeilen beherrscht haben, ist ein wichtiger Aspekt kaum zum Tragen gekommen. Nämlich dass es die Gemeinden sind, die die Hauptlast tragen. Sie werden gleich dreifach zur Kasse gebeten: Bei der Schaffung und bei der Führung der Pflegeeinrichtungen, die sie entweder selbst führen oder finanziell unterstützen - von der Heimhilfe und „Essen auf Rädern“ über die Hauskrankenpflege bis zu den Heimen – dann bei der Sozialhilfe und schließlich in allen jenen Fällen, in denen die Sozialhilfe nicht ausreicht, um den Aufenthalt im Pflegeheim zu finanzieren. Die kleinen Gemeinden im ländlichen Raum sind dabei ganz besonders gefordert, weil etwa bei den ambulanten Pflegediensten aufgrund der geringeren Siedlungsdichte und der langen Wege die Pro-Kopf-Kosten weit höher liegen als in den Ballungszentren.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Die Gemeinden bekennen sich zu ihrer Verpflichtung gegenüber den älteren Mitbürgern. Und die derzeitige heftige Diskussion ist auch notwendig. Aber sie ist zu einem höchst ungünstigen Zeitpunkt ausgebrochen. Denn in Vorwahlzeiten gibt es nun einmal die Versuchung zu Schnellschüssen und zu populistischen Heilsversprechungen, die nur den Nachteil haben, dass sie weder finanzierbar noch durchführbar sind. Wir brauchen keine Husch-Pfusch-Maßnahmen und keine vagen Utopien, sondern wir brauchen angesichts der demographischen Entwicklung tragfähige Langzeitlösungen. Die Zahl der Pflegefälle, das wissen wir, wird sich in den nächsten Jahrzehnten vervielfachen. Wir diskutieren diese Situation im Gemeindebund seit langem sehr ernst und ich bin überzeugt: Auf Dauer wird kein Weg an einer verpflichtenden Pflegeversicherung vorbei führen. Eines müssen wir unseren Partnern aber auch in aller Deutlichkeit sagen: Wenn die finanziellen Fragen zwischen dem Bund und den Ländern beraten und in Form einer 15a-Vereinbarung geregelt werden, dann kann es nicht angehen, dass die Gemeinden, die auf dem Pflegesektor gewaltige materielle und immaterielle Leistungen erbringen, in die Verhandlungen und in den 15a-Vertragsabschluß nicht einbezogen werden!

Und noch etwas müssen wir den Partnern im Bund und in den Ländern unmißverständlich klar machen. Die Umsetzung der Verwaltungsreform II ist auf kommunaler Ebene bereits erfolgt. Die Gemeinden haben sich als vorbildliche Sparmeister ausgezeichnet und insbesondere im Personalbereich teilweise schmerzhaft Einsparungen und Rationalisierungen auf sich genommen. Jetzt aber gibt es für allem für die kleineren und mittleren gemeinden im ländlichen Raum keinen Spielraum mehr. Das heißt: Für uns als Gemeinden ist die Verwaltungsreform II als erledigt abgehakt!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Aus der Studie von Professor Mugler und aus den Ergebnissen der Landeskonferenzen leiten wir eine Reihe von weiteren Forderungen ab. Ich möchte sie hier nur ganz kurz zusammenfassen.

- Wir brauchen dringend einen Masterplan für Infrastruktur im ländlichen Raum, er ist schnellstmöglich zu erstellen und umzusetzen. Die Studie zeigt sehr deutlich, dass die Infrastrukturfaktoren im Standort-Wettbewerb eine ganz entscheidende Rolle spielen. Wir müssen genau wissen und definieren, welche Infrastruktureinrichtungen wir benötigen, um den kleineren und mittleren Unternehmen im ländlichen Raum optimale Voraussetzungen zu bieten. Der Masterplan muß also zunächst den Ist-Zustand in den ländlichen Regionen erheben und daraus einen Soll-Zustand ableiten. Wobei sich diese Zielvorstellungen auch, aber nicht nur an wirtschaftlichen Faktoren orientieren soll. Auch soziale und regionale Gesichtspunkte sind mit ein zu beziehen.
- Nicht zuletzt daraus ergibt sich die Forderung nach einer Umstellung der Förderkulisse im ländlichen Raum. Es gibt für KMU viele Förderungs- und Unterstützungsmöglichkeiten, gerade in den vergangenen Jahren und Monaten wurden viele Förderpakete geschnürt. Das ist gut so, aber wichtiger wäre das Investment in perfekte Rahmenbedingungen. Natürlich nehmen die Unternehmen Direkt-Förderungen gerne an, doch eine langfristige Perspektive für einen bestimmten Standort sind damit nicht verbunden. Auf Dauer versprechen Investitionen in Infrastruktur und qualifizierte Arbeitskräfte mehr Erfolg.
- Weiters sollte die Wohnbauförderung verstärkt als strategisches Steuerungselement eingesetzt werden. Günstiger Wohnraum hält die jungen Familien im Ort und in der Region, wirkt also der Abwanderung entgegen und zieht zwangsläufig auch Unternehmen und Betriebe an. Wie es geht, das zeigt das Modell Niederösterreich. Gemeinden in Randlagen und mit ernsthaften Bevölkerungsrückgängen werden bevorzugt behandelt.

- Stark verbesserungsfähig erscheint auch die Vernetzung zwischen den vielen, sehr aktiven regionalen Institutionen, Verbänden und Einrichtungen. Sinnvoll wäre etwa die Einrichtung einer Servicestelle für Betriebsgründungen, die sowohl den Gemeinden wie auch den kleinen und mittleren Unternehmen wenden können, die Kontakte herstellt, pflegt und aktiviert. Eine solche Servicestelle könnte auch Profile von Regionen erstellen, die aufzeigen, für welche Branchen und für welche Art von KMUs jede Region die besten Voraussetzungen bietet.
- Schließlich erscheint es uns wichtig, die Managementqualitäten der Bürgermeister zu schulen. Aus der Mugler-Studie geht deutlich hervor, wie wichtig die Person des Bürgermeisters im Wettbewerb der Standorte ist. Er braucht heute mehr denn je Managerqualitäten und daher auch die entsprechenden Weiterbildungsmöglichkeiten.

Dieser letzte Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht bereits deutlich: Es war nie die Art der Gemeinden und ihrer Interessenvertretung, nur Forderungen zu stellen und damit letztlich die Verantwortung auf andere abzuschieben. Aus der unbestrittenen Tatsache, dass die kleinen und mittleren Gemeinden das unverzichtbare Rückgrat des ländlichen Raumes bilden, leiten wir vor allem eine große Verantwortung und Verpflichtung ab.

Schon der erste Satz der Mugler-Studie lautet: „Die Gemeinden gestalten in einem erheblichen Ausmaß die Rahmenbedingungen von Klein- und Mittelunternehmen mit.“ Sie präsentiert Gemeinden, in denen es trotz Ungunslagen gelungen ist, durch Ideenreichtum und gemeinsame Anstrengungen eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen. Sie verschweigt aber auch nicht, dass es Gemeinden gibt, in denen weit günstigere Voraussetzungen nicht genutzt werden konnten.

Wir können und müssen, wie es Prof. Mugler in einigen seiner Kapitelüberschriften so schön und treffend formuliert hat,

- dynamische Gemeinde sein,

- Chancennutzergemeinde
- und ideenreiche Ermöglichergemeinde!

Lassen Sie mich noch einmal aus der Studie zitieren: „Für die Standortentscheidung der Unternehmen sind neben finanziellen Überlegungen auch die Stimmung in der Gemeinde, die Qualität der persönlichen Beziehungen mit den Gemeindevertretern und vor allem das Unterstützungsangebot in Verwaltungsangelegenheiten entscheidend. Haben ansiedlungswillige Unternehmen das Gefühl, in einer Gemeinde willkommen und professionell betreut zu sein, nehmen sie auch höhere Grundstückspreise und niedrigere Förderungen in Kauf.“

Deutlich geht daraus hervor: Die Herausforderungen, die sich den Gemeindevertretern im ländlichen Raum stellen, gehen weit über die klassischen „weichen Standortfaktoren“ hinaus. Natürlich sind Schulen- und Kindergärten, Sport- und Freizeiteinrichtungen, das Angebot an Baugründen und Wohnraum sowie ein reges kulturelles und gesellschaftliches Leben Grundvoraussetzungen. Sie schaffen Lebensqualität für die Bevölkerung, wirken der Abwanderung entgegen und machen die Gemeinde auch für Wirtschaftsunternehmen attraktiv. Aber damit ist es noch lange nicht getan! Es ist ein ungeheuer weites und vielfältiges Feld, das eine ländliche Gemeinde beackern muß, um für sich und für die Region wirtschaftliche Dynamik zu ernten. Und die wissenschaftliche Studie betont immer wieder, dass dabei der Persönlichkeit des Bürgermeisters eine zwar sehr schwer meßbare, aber auf jeden Fall sehr bedeutende Rolle zukommt.

Dazu gehört zunächst die Kunst, Gemeinschaft zu schaffen. Eine Gemeinde, in der alle an einem Strang ziehen und in der ein reges Vereinsleben Zusammenhalt und Verbundenheit aufbaut, hat von vornherein die besseren Chancen. Die „zerstrittene Eigenbrötlergemeinde“ – auch das ist wieder so ein schön griffiger Terminus von Prof. Mugler - wird dagegen auf der Strecke bleiben.

Zusammenhalt und Kooperation muß es aber auch über die Gemeindegrenzen hinaus geben. Das „Kirchturmdenken“ hat keine Zukunft und ein kleinlicher, verbissener Konkurrenzkampf zwischen Nachbargemeinden um jeden Betrieb bringt letztlich nur Verlierer. Für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum ist die interkommunale Zusammenarbeit die größte Chance! Es liegt ja auch auf der Hand, dass zwei oder mehr Gemeinden ein Betriebsgelände mit einer weit besseren Infrastruktur ausstatten können als das einer einzelnen Kommune möglich wäre. Dieser Weg wird auch schon vielfach gegangen, die Studie hält aber auch unmißverständlich fest: Voraussetzung für die weitere Verbreitung eines konstruktiven Kooperationsgedankens ist, dass die Rückflüsse aus den Betrieben an die Gemeinden nicht mehr an den Betriebsstandort gebunden sind.

Ganz konkret schlägt der Gemeindebund als Maßnahme innerhalb des Masterplans die Schaffung eines bundesweiten Anreizinstrumentes zur Verstärkung interkommunaler Kooperationen bei Betriebsansiedlungen vor, und zwar mit einer Basisförderung sowie mit Zuschlägen für besonders innovative Aktivitäten wie etwa Kooperationen von mehr als fünf Gemeinden oder über Bundesländer- oder Staatsgrenzen hinaus.

Förderungsgeber sollte das Finanzministerium oder das Wirtschaftsministerium sein, unterstützt von einem Beirat aus Gemeinde- und Städtebund, sowie dem Wirtschaftsressort des jeweiligen Bundeslandes. Wir sind überzeugt: Mit einem Förderungsvolumen von nur 10 Millionen Euro pro Jahr könnte hier sehr viel erreicht werden.

Auch den Bürgermeistern der kleinsten Landgemeinden werden heute zu recht wirtschaftliches Denken und Managerqualitäten abverlangt. Dazu gehört im übrigen neben dem vollen Engagement auch die Fähigkeit, zu motivieren, sich aber gegebenenfalls auch selbst zurück zu nehmen, um den eigenen Ideen und der Eigeninitiative der Bürger nicht im Weg zu stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dem ländlichen Raum eine gute Zukunft zu sichern, das wird auch in der Kommunalpolitik noch sehr viel Einsatz, vor allem auch sehr viel Innovationsbereitschaft und Innovationskraft erfordern. Gleichzeitig können wir aber auch selbstbewußt feststellen: Was die Innovation betrifft, spielen Österreichs Gemeinden längst in der Champions-League!

Das hat auch heuer wieder der Wettbewerb um die innovativste Gemeinde gezeigt. Und das haben auch die Landeskongresse bewiesen, bei denen in jedem Bundesland eine ganze Reihe von Best-Practice-Beispielen präsentiert wurden. Und das zeigt nicht zuletzt auch der Umgang mit den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Das Österreich heute, anders als vor einigen Jahren, beim e-Government zur europäischen Spitze zählt, ist nicht zuletzt der Offenheit der Kommunen gegenüber dem technischen Fortschritt zu verdanken. Nur so war die flächendeckende Vernetzung möglich, um die Österreich heute weltweit beneidet wird. Das Intranet-Portal kommunalnet.at, an das sich schon weit über 1.000 Kommunen angeschlossen haben, und – über die Grenzen hinaus – das Internationale Kommunale Netzwerk ICNW sind weitere innovative Meilensteine auf dem Weg in die Zukunft.

Besonders hervorheben möchte ich aber auch, dass Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, ein vehementer Vorkämpfer des e-Governments, die wichtige Rolle der Gemeinden auf diesem Weg von Anfang an erkannt und unsere Bemühungen tatkräftig gefördert hat. Dafür ein herzliches Dankeschön, an das ich aber gleich auch eine Bitte knüpfen möchte.

Noch gibt es für die Gemeinden einige Probleme und erhebliche Belastungen bei der Führung der Register. Wir sind dabei, gemeinsam mit potenten und bewährten Partnern diese Probleme in den Griff zu bekommen und wir ersuchen Dich, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, uns dabei auch weiterhin nach besten Kräften zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn wir uns heute über die vielen Innovationen in den österreichischen Gemeinden freuen und wenn diese Innovationskraft auch vom Bund und von den Ländern anerkannt wird, dann dürfen wir dabei eines nicht übersehen. Es kann nur so bleiben, wenn auch in Zukunft die Besten, die Tüchtigsten und die Fleißigsten bereit sind, sich auf kommunaler Ebene zu engagieren und Verantwortung für ihre Mitbürger zu übernehmen.

Das ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit!

Wenn heute in sehr vielen Gemeinden 70jährige und noch ältere Bürgermeister amtieren, dann handelt es sich keineswegs um „Sesselkleber“, sondern um Idealisten, die die Last weiter auf sich nehmen, weil keine Jungen sie tragen wollen. In immer mehr Gemeinden wird es immer schwieriger, geeignete Kandidaten für das Bürgermeisteramt zu finden., Nicht, weil es diese geeigneten Kandidaten nicht gibt, sondern weil der hohe Zeitaufwand, die ständig steigenden Aufgaben und vor allem die schlechte soziale Absicherung abschreckend wirken.

Der bekannte Arbeits- und Sozialrechtler Univ.Prof. Dr. Wolfgang Mazal hat die soziale Situation der österreichischen Bürgermeister untersucht und kommt zu alarmierenden Ergebnissen. Im Schnitt wendet ein Bürgermeister für sein Amt rund 33 Wochenstunden auf. Bei 19 Prozent – also bei fast jedem fünften Bürgermeister – aber sind es 40 und mehr Stunden. Die Bezahlung steht in keinem Verhältnis zu diesem Aufwand und man muß sich schon fragen: Warum ist ein Abgeordneter, der zum Unterschied vom Bürgermeister keine persönliche zivilrechtliche Verantwortung trägt, um so viel besser gestellt? Dazu kommen vor allem bei Ausgliederungen die negativen Auswirkungen des Bezügebegrenzungsgesetzes mit der Beschränkung auf zwei Einkommen aus öffentlichen Quellen: Gestiegene Verantwortung wird nicht durch eine adäquate Entlohnung abgegolten:

Vielleicht noch gravierender ist die mangelnde soziale Absicherung. Aus der Bürgermeister-Tätigkeit allein gibt es keinen Pensionsanspruch, keine

Arbeitslosenversicherung, kein Mindestmaß an sozialen Rechten, die für jeden anderen Arbeitnehmer eine Selbstverständlichkeit sind.

Hier besteht dringend Handlungsbedarf und wir werden im Lauf des nächsten Jahres konkrete Vorschläge auf den Tisch legen. Wobei ganz klar ist: Wir wollen nicht jammern und wir wollen keine „Privilegien für Ortskaiser“.

Sondern wir verlangen die Beseitigung von Ungerechtigkeiten, um sicherzustellen, dass die bürgernächste Gebietskörperschaft auch in Zukunft ihre Aufgaben für die Menschen und für das Staatsganze optimal erfüllen kann. Und das wird nur gehen, wenn sich auch weiterhin hervorragende Persönlichkeiten bereit finden, ein Amt zu übernehmen, das sicher zu den schönsten, aber ebenso sicher auch zu den schwierigsten und verantwortungsvollsten zählt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Unsere werten Gäste aus dem Bund aus den Ländern werden von diesem 53. Österreichischen Gemeindetag vielleicht mit dem Gefühl nach Hause gehen: Die Gemeinden und ihre Interessenvertretung fordern ganz schön viel. Ich kann dazu nur sagen: Diese Forderungen sind recht und billig! Weil es ein existenzielles Anliegen ist, den ländlichen Raum in seiner Vielfalt und Schönheit als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zu stärken und für kommende Generationen zu erhalten. Und weil die Gemeinden in den letzten Jahrzehnten bewiesen haben, dass sie mit den Mitteln und Möglichkeiten, die ihnen in die Hand gegeben werden, verantwortungsvoll, sparsam, innovativ und zukunftsorientiert umgehen.

Das klingt jetzt vielleicht ein bisschen nach Selbstlob, ist es aber nicht. Nach einer OGM-Umfrage, die erst seit wenigen Tagen auf dem Tisch liegt, teilt auch die Bevölkerung diese Einschätzung!

(Allenfalls einzufügen: Zahlen aus der Umfrage)

Wir können also selbstbewußt Forderungen stellen, weil Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, als Bürgermeister, als Gemeindemandatäre oder

als Gemeindebedienstete, hervorragende Arbeit geleistet haben. Dafür möchte ich Ihnen ein aus dem Herzen kommendes Dankeschön sagen.

Gleichzeitig bitte ich Sie, sich auch in Zukunft mit aller Kraft für die Menschen in ihrer Gemeinde, in Ihrer Region, in Ihrem Land und in diesem schönen Österreich für die Menschen einzusetzen. Und ebenso bitte ich die Verantwortlichen im Bund und in den Ländern, ein offenes Ohr für die Anliegen der Gemeinden zu bewahren und deren Einsatz an der vordersten Front bestmöglich zu unterstützen.

Denn nur gemeinsam können wir das Motto mit Leben erfüllen: „Arbeit schaffen – Zukunft leben – Gemeinde stärken“!